

Zähes Ringen um neue Corona-Strategie

Die Gesundheitsminister von Bund und Ländern diskutieren, welche Maßnahmen mit Blick auf die kalte Jahreszeit ergriffen werden sollen. Streit gibt es vor allem um die Finanzierung von Gratis-Schnelltests für alle.

VON JAN DREBES

MAGDEBURG In Magdeburg werden derzeit wichtige Weichen gestellt. Zum Start der Gesundheitsministerkonferenz kocht die Debatte hoch, welche Maßnahmen derzeit und in der kalten Jahreszeit nötig sein werden, um die Corona-Pandemie unter Kontrolle zu halten. Ein Überblick über die wichtigsten Vorschläge von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) – und die offenen Streitpunkte mit den Ländern:

119 232

Corona-Neuinfektionen binnen 24 Stunden wurden am Mittwoch gemeldet.

Quelle: Robert-Koch-Institut

Bürgertests Um die Finanzierung der Gratis-Tests wird derzeit besonders heftig gerungen. Lauterbach bekräftigte am Mittwoch seinen Plan, von den kostenlosen Tests für alle abzurückeln. Man müsse die Bürgertests etwas einschränken, sagte er. In der Vergangenheit seien Tests abgerechnet worden, die nicht durchgeführt wurden, und es seien Tests durchgeführt worden, die nicht notwen-

dig gewesen seien. Nötig sei eine bessere Qualitätskontrolle, betonte Lauterbach.

Nach einem Vorschlag des Bundesgesundheitsministeriums sollen nur noch Menschen mit Symptomen für Gratis-Tests infrage kommen, dazu andere ausgewählte Gruppen wie Kleinkinder und Schwangere. Konkret genannt werden in einem Papier zur „Corona-Herbststrategie“ zudem präventive Tests in Kliniken und Pflegeheimen, bei einer sich ausbreitenden Infektionslage in „Hotspots“ sowie für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine.

Sachsen-Anhalts Gesundheitsministerin Petra Grimm-Benne (SPD), die aktuell Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz ist, verwies am Mittwoch jedoch darauf, dass die Länder schon jetzt für Tests in Kitas und Schulen aufkommen würden. Bayerns Ressortchef Klaus Holetschek (CSU) sagte, die Länder beteiligten sich erst einmal nicht an weiteren Kosten, das machten sie schon bei Impfzentren.

Der CSU-Politiker plädierte zudem dafür, den Personenkreis für Bürgertests insgesamt „eher weiter als enger“ zu fassen. In einer Pandemie sei der Schutz des Lebens das zentrale Thema und nicht die Frage der Finanzierung von Ausgaben. „Ich möchte nicht, dass zum Beispiel Besucher von Alten- und Pflegeheimen sagen, ich besuche meine Oma nicht, weil ich mir den Test nicht mehr leisten“, sagte er.

Auch von Verbänden kam Kritik an Lauterbachs Plänen. Aus Berliner Regierungskreisen hieß es, für die Tests würden zweistellige Milliardenbeträge pro Jahr anfallen, die bislang allein der Bund trage.

Impfkampagne Um den Schutz der Gesellschaft bis zu einem weiteren erwarteten Anstieg der Corona-In-



Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will Corona-Schnelltests nur noch in bestimmten Fällen kostenlos anbieten.

FOTO: MICHAEL KAPPELLER/DPA

fektionen möglichst hochzuschrauben, setzt Lauterbach auf eine neue Impfkampagne. „Ziel ist es, die Impflücke zu schließen und die vierte Impfung zu bewerben; insbesondere in der älteren Bevölkerungsgruppe“, heißt es in einem Strategiepapier aus dem Gesundheitsministerium. Dazu gehöre die „Beschaffung einer ausreichenden Anzahl von angepassten Impfstoffen von Moderna sowie Biontech“.

Kinder und Jugendliche sollen dem Konzept zufolge bei der Immunisierung stärker in den Blick genommen werden: Sie sollten „bei der Impfkampagne ebenfalls besonders angesprochen werden“. In Deutschland

gibt es zugelassenen Corona-Impfstoff aktuell für alle Menschen ab fünf Jahren.

Szenarien und Strategie Derzeit steigen die Corona-Zahlen kontinuierlich an. Das Robert-Koch-Institut (RKI) meldete am Mittwoch 119 232 Neuinfektionen binnen 24 Stunden. Das sind 26 888 mehr als am Mittwoch vor einer Woche. Die bundesweite Sieben-Tage-Inzidenz stieg auf 488,7 von 458,5 am Vortag.

Experten gehen jedoch davon aus, dass sich die Lage erst im Herbst deutlich verschärfen könnte. In dem Strategiepapier wird neben zwei beschriebenen Szenarien (günstig und

ungünstig) ein mittelschweres als besonders wahrscheinlich genannt. Demnach könne es im Herbst und Winter „zu einem gehäuften Auftreten von Infektionen und Arbeitsausfällen“ kommen. Die Intensivstationen würden „moderat“ belastet, heißt es im Papier. Die Lage könne „erneut flächendeckende Maßnahmen des Übertragungsschutzes (Masken und Abstand in Innenräumen)“ und regional „Maßnahmen der Kontaktreduktion“ erforderlich machen.

Die konkrete Strategie umfasst sieben Punkte. Neben den Themen Testen und Impfen geht es unter anderem auch um eine „Optimierung

der Behandlung“ von Corona-Erkrankten. Derzeit würden wirkungsvolle Medikamente „zu spät oder zu selten eingesetzt“.

In der Ampel-Koalition gibt es jedoch ein zähes Ringen um Änderungen des Infektionsschutzgesetzes, besonders zwischen SPD und Grünen einerseits und der FDP andererseits. Konkrete Vorschläge werden nach dem 30. Juni erwartet, wenn der seit Monaten vorbereitete Evaluationsbericht zu bisherigen Maßnahmen von Experten vorgelegt wird.

Produktion dieser Seite:

Iris Neu-Michalik
David Seel

Ministerin Lambrecht, die Ukraine und der Gepard

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

BERLIN Es beginnt nicht so gut für die Bundesverteidigungsministerin. Zum Start ihrer Befragung streikt ihr Mikrophon. Die SPD-Politikerin wirkt kurz verunsichert, dann erklärt sie, warum sich die Bundesregierung entschlossen hat, die deutsche Unterstützung für die Ukraine auch im Rüstungsbereich künftig im Internet offenzulegen. Man habe erst einmal nichts veröffentlicht, weil die Ukraine um Geheimhaltung gebeten habe, um den Russen keine Einblicke zu geben. „Da die Ukraine diese Position aufgegeben hat, werden wir jetzt diesen Weg gehen“, sagt sie dann. Und wird konkret: Die Ausbildung ukrainischer Soldaten am Mehrfach-

raketenwerfer „Mars“ in Deutschland beginne in der nächsten Woche. Der Ukraine müsse geliefert werden, was die Streitkräfte „für ihren mutigen Kampf“ brauchten. Mit der Lieferung der sieben Panzerhaubitzen 2000 und der Mehrfachraketenwerfer aus Bundeswehr-Beständen sei Deutschland allerdings „ziemlich an der Grenze dessen angelangt, was noch verantwortbar ist“, wenn die Landes- und Bündnisverteidigung weiter gewährleistet werden solle.

Dann beginnen die Fragen der Abgeordneten. Besonders die Opposition versucht, die Verteidigungsministerin inhaltlich zu stellen. Lambrecht schlägt sich an diesem Mittwoch ganz tapfer, sie ist vorbereitet und gibt sich durchaus selbst-

bewusst. Sie hetzt etwas durch die Themen – aber der Union gelingt es auch nicht, die Ministerin vorzuführen. Auf die Frage, wann genau die Bundeswehr Ersatz für abgegebene Waffen bekommen werde, macht die Ministerin keine genauen zeitlichen Angaben. „Es wird weder zulasten des Einen, noch zulasten des Anderen abgegeben. Deswegen entsteht auch keine Lücke.“

Viele Fragen drehen sich um die Fähigkeiten von Panzern. Lambrecht hat ihre Hausaufgaben gemacht, auch wenn es manchmal etwas merkwürdig klingt: „Den Gepard stellt man nicht auf Dauerfeuer, nein, das macht man nicht“, sagt Lambrecht auf die Frage eines Abgeordneten, ob der Ukraine für



Schlug sich tapfer bei der Befragung im Bundestag: Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD). FOTO: DPA

den Flugabwehrpanzer Gepard auch ausreichend Munition gestellt werden kann. Auf die Frage der CSU, warum Deutschland Geparden liefere, aber keine Marder, sagt Lambrecht: „Der Gepard ist kein Panzer. Der Ge-

pard ist ja dafür da, Infrastruktur zu schützen dadurch, dass er dann mit diesem Rohr in die Luft schießt.“ Am Ende der Befragung gibt es ein Wortgefecht mit dem CDU-Abgeordneten Paul Ziemiak. Dieser kritisiert, es sei „fremd“, dass Lambrecht der Ukraine ihre Unterstützung versichere, aber nicht klar ausdrücke, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnen solle.

Lambrecht pariert, sie lasse sich keine Worte in den Mund legen und auch nicht durch Wortklauberei etwas verdrehen. „Wir unterstützen die Ukraine in ihrem mutigen Kampf mit allem, was wir können“, betont sie. „Die Ukraine kann sich darauf verlassen, dass sie uns an ihrer Seite hat.“ Was ihr Kriegsziel sei, könne die Ukraine nur allein entscheiden.

Außenminister Italiens verlässt seine Partei

ROM (dpa) Italiens Außenminister Luigi Di Maio ist nach Querelen in seiner Partei aus der Fünf-Sterne-Bewegung ausgetreten. „Heute verlassen ich und viele andere Kollegen die Fünf-Sterne-Bewegung. Wir verlassen das, was morgen nicht mehr die erste Kraft im Parlament sein wird“, sagte der 35-Jährige am späten Dienstagabend in Rom. Sein Parteiaustritt folgt auf Streitigkeiten zwischen ihm und dem früheren Ministerpräsidenten und heutigen Sterne-Chef Giuseppe Conte unter anderem über Waffenlieferungen an die Ukraine. Di Maio warf einigen Sterne-Politikern am Dienstag vor, mit ihrer Haltung riskiert zu haben, das Land zu schwächen. Di Maio gilt als Unterstützer der politischen Linie des parteilosen Regierungschefs Mario Draghi zum Krieg in der Ukraine. Damit machte er sich bei Teilen der Sterne unbeliebt. Conte hingegen forderte zuletzt, keine Waffen mehr in die Ukraine zu liefern.

Immer mehr Renten werden ins Ausland überwiesen

FREIBURG (dpa) Immer mehr Menschen beziehen ihre Rente im Ausland. So stieg die Zahl der ins Ausland gezahlten Renten in den vergangenen 20 Jahren um rund 37 Prozent. Das geht aus einer Statistik der Deutschen Rentenversicherung hervor. Demnach sind im vergangenen Jahr rund 1,72 Millionen Renten ins Ausland ausgezahlt worden. Im Jahr 2001 lag der Wert noch bei 1,26 Millionen. Ein Grund dafür sei, dass Ausländer, die früher in Deutschland gearbeitet haben, nun vermehrt ins Rentenalter kommen und in ihr Heimatland zurückgekehrt sind, hieß es. Die meisten dieser Arbeitnehmer kommen aus Ländern wie Italien, Spanien, Griechenland, dem ehemaligen Jugoslawien sowie der Türkei.

Missbrauchsoffer reicht Klage gegen Benedikt XVI. ein

MÜNCHEN (dpa) Ein Missbrauchsoffer eines katholischen Priesters hat Klage gegen den mutmaßlichen Täter, aber auch gegen den emeritierten Papst Benedikt XVI. eingereicht. Die Klage richtet sich nach Berichten des Bayerischen Rundfunks, des Recherchezentrums Correctiv und der Wochenzeitung Zeit auch gegen das Erzbistum München und Freising und einen weiteren ehemaligen Erzbischof, Kardinal Friedrich Wetter. Das Landgericht Traunstein bestätigte am Mittwoch den Eingang einer Klageschrift. Die Klage werde dort nun bearbeitet.

Kläger ist den Medienberichten zufolge ein heute 38-jähriger Mann aus Bayern, der als Kind von dem Priester sexuell missbraucht worden sei. Mit Blick auf Joseph Ratzinger, den späteren Papst Benedikt, heißt es demnach in der Klageschrift, dieser habe als Kardinal „Kenntnis von allen Umständen“ gehabt und habe es „zumindest billigend in Kauf genommen, dass dieser Priester ein Wiederholungs-

täter ist“. Trotzdem soll Ratzinger den Priester wieder in der Seelsorge eingesetzt haben. Auf Anfragen wegen der eingereichten Klage reagierte der emeritierte Papst nun zunächst nicht.

Da die Missbrauchstaten strafrechtlich weitgehend verjährt seien, wende der Rechtsanwalt des Opfers,



Der emeritierte Papst Benedikt XVI.

FOTO: D. KARLMANN/DPA

der Berliner Strafverteidiger Andreas Schulz, einen juristischen Kniff an, heißt es in den Medienberichten. Demnach hat er eine sogenannte Feststellungsklage eingereicht, mit der zwar keine strafrechtliche Verfolgung, möglicherweise aber eine Feststellung der Schuld der Kirche erreicht werden könne.

Vertreter aus US-Staaten berichten von Trumps Druck nach der Wahl

WASHINGTON (dpa) Hochrangige Vertreter von Regierungen und Parlamenten in den US-Bundesstaaten haben berichtet, wie sie nach der Präsidentenwahl 2020 vom damaligen Amtsinhaber und Wahlverlierer Donald Trump unter Druck gesetzt wurden. Mehrere Zeugen legten am Dienstag dar, wie Trump und sein Team sie gedrängt hätten, in ihrem jeweiligen Bundesstaat gegen dessen Wahlniederlage vorzugehen und das Resultat nachträglich umzukehren. Mehrere Republikaner erzählten dabei von Bedrohungen, Beschimpfungen und Belästigungen durch Anhänger ihres Parteikollegen Trump.

Bei der Sitzung des Untersuchungsausschusses sagte unter anderem der für die Organisation von Wahlen im Bundesstaat Georgia zuständige Staatssekretär aus: der Republikaner Brad Raffensperger. Trump hatte Raffensperger damals in einem Telefonat unverschämte aufgefordert, genügend Stimmen für seinen Wahlerfolg in Georgia zusam-

menzubringen. Eine Aufnahme des Gesprächs wurde damals an Medien weitergegeben. Darin war unter anderem zu hören, wie Trump sagt: „Ich

INFO

So will der US-Senat Waffengewalt eindämmen

Republikaner und Demokraten im US-Senat haben sich auf ein Gesetz zur Eindämmung der Waffengewalt geeinigt. Der Gesetzesentwurf sieht vor, die Überprüfungen von Waffenkäufern im Alter von 18 bis 20 Jahren zu verschärfen. Mehr Händler sollen verpflichtet werden, diese Checks vorzunehmen. Waffenschmugglern drohen schärfere Strafen. US-Staaten und Kommunen sollen mehr Mittel für die Verbesserung der Sicherheit an Schulen und für die Behandlung von psychisch Kranken bereitgestellt werden.

will nur 11 780 Stimmen finden.“ Während der Anhörung am Dienstag wurden diverse Mitschnitte des Telefonats abgespielt, in dem Raffensperger dem Präsidenten mehrfach widersprach. Raffensperger sagte bei der Sitzung, es gebe keinerlei Zweifel, dass Biden die Wahl in Georgia mit einem Abstand von etwa 12 000 Stimmen gewonnen habe. Er berichtete weiter, nach seiner Weigerung, Trumps Aufforderung zu folgen, hätte er Drohungen erhalten.

Ähnliches berichtete der republikanische Chef des Repräsentantenhauses von Arizona, Russell Bowers. Er legte dar, wie ihn Trump und dessen Team bedrängt hätten, im Repräsentantenhaus seines Bundesstaates ein Prozedere anzustoßen, um nachträglich gegen Trumps Wahlniederlage in Arizona anzugehen. Nachdem er sich geweigert habe, seien jede Woche Protestierende vor seinem Wohnhaus aufmarschiert, hätten ihn als pädophil, pervers und korrupt beschimpft, ihn bedroht.